

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

52. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pfl., monatlich 22 Pfl., ohne Postbefehlsgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 17. Februar 1914

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 20

### Aus dem Inhalte dieser Nummer:

**Netiket:** Der Tarifvertrag, III. — Das Internationale Sekretariat im Jahre 1912. — Die Beerdigung Johann Sollingers in Telfchen. **Das Buchgewerbe im Umstande:** Österreich.

**Korrespondenzen:** Altenburg. — Weuthen (M.-S.). — Bielefeld. — Danzig. — Efen. — Schlingen. — Hamburg-Altona. — Hirschberg i. Schl. (M.-S.). — Kiel. — Karlsruhe (M.-S.). — Lübeck. — Neumünster. — Ohdruf-Lambach. — Pöyngsch. — Rastatt. — Gau Schleien. — Würzburg.

**Rundschau:** Heinrich Schneider Redakteur an der „Zeitschrift“? — Lohn der Arbeitswilligkeit. — Neue Kongresse zur Buchgewerbeausstellung. — Eine Buchdruckerei der Reichswehr in Kiel. — Konkurrenz. — Schwere Unglücksfälle. — Städtische Arbeitslosenversicherung in Berlin. — Bemerkenswertes aus der Strahlenkassenbewegung. — Christliche Verberlichung des Missplichheit. — Politik in ausländischen Gewerkschaften. — Berücksichtigung der Arbeitszeit in den französischen Staatsbetrieben. — Verlassende Streikbrecherherrlichkeit?

**Abrechnung** der Zentralinvalidenkasse i. Bq. für drittes Quartal 1913.

## Der Tarifvertrag

### III.

#### Zur Frage des Arbeitsarbeitsgesetzes.

Wenn wir auf die Entwicklung der sozialen Bewegung hinblicken, so können wir sagen, daß sie im allgemeinen drei Stadien durchläuft. Sie beginnt mit Träumen, Idealen und Utopien. Dann kommt der wissenschaftliche Nachweis für die Berechtigung der Ideen, und das dritte Stadium ist der Übergang zur Praxis, zum Kampf um die Durchführung der zuerst geträumten und dann wissenschaftlich erkannten Gedanken. In diesem großen, letzten Stadium des sozialen Kampfes um die Ideale der menschlichen Entwicklung befinden wir uns heute, und man sollte in dem täglichen Kleinkampf, in den täglichen Mühen und Enttäuschungen nie vergessen, daß sich ein letztes und großes Schauspiel abspielt, in dem die Träume zur Wirklichkeit werden. Es ist das letzte, aber auch das schwerste Stadium, denn solange man träumt und über Ideale spricht, sieht man nicht die Widerstände. Die zeigen sich erst, wenn der Mensch und die Organisation in Tätigkeit treten, um die Ideen durchzukämpfen.

Ich habe bereits die Widerstände geschildert, die einmal volkswirtschaftlicher, sozialer und privatrechtlicher Natur sind und zum andern in den Semmeln liegen, die das bestehende Recht dem Tarifvertrage bereitet, indem es ein neues soziales Gebilde in die Zwangsjacke eines individualistischen Gesetzes preßt. Mit diesem Recht ist aber nicht zu spaßen; ich erinnere nur an jenes Kammergerichts Urteil, das auspricht, daß die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes, wenn sie aus dem Verband austreten, tariffrei sind. Damit zeigt sich deutlich, daß das Recht mit den sozialen Interessen in Widerspruch steht.

Man könnte demgegenüber nun anführen: Mag das Recht auch veragen, wir können doch in die einzelnen Tarifverträge alles hineinbringen, was wir wünschen! Das ist halb richtig. Aber auch dieses Halbrichtige gibt noch zu denken. Es ist möglich, daß durch Vertragsbestimmungen manche Gefahren und Schwächen des geltenden Rechts ausgeschlossen werden können. Es kann z. B. die unbefristete Haftung des Berufsvereins und der Mitglieder ausgeschlossen werden. Aber solche Forderungen sind leider nicht immer durchführbar. Sie werden nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn, wie im Buchdruckgewerbe, eine starke Organisation dahintersteht.

Welche Kräfte vergeuden wir heute um wirtschaftliche Grundfragen, z. B. die Abschaffung des Kofst- und Logiszwanges! Soll dieser Kampf auch noch beläuft werden mit dem Kampf um die rechtlichen Fragen des Tarifvertrags? Dazu kommt noch, daß den Tarifbestimmungen durch das geltende Recht Grenzen gesetzt sind. Mag auch in einem Tarifvertrage stehen, daß seine Abdingbarkeit ausgeschlossen sei, so ist diese Bestimmung doch rechtlich ungültig, da sie mit dem bestehenden Recht in Widerspruch steht. Ebenso wenig kann durch den Tarifvertrag aus der Welt geschafft werden, daß die Berufsvereine wohl verklagt und zu Schadenersatz verurteilt werden, aber nicht selbst klagend gegen die Tarifvorhänger vorgehen können. Der von Heilmann angeregte Weg über Vertrauenspersonen ist zwar möglich, aber schwierig und umständlich.

So entsteht die Frage, ob es nicht möglich ist, ein neues, dem Tarifvertrag angepaßtes Recht zu schaffen.

In verschiedenen Ländern gibt es bereits gesetzliche Bestimmungen. Die Schweiz und die Niederlande haben die

Abdingbarkeit des Tarifvertrags ausgeschlossen. Österreich hat für die Handlungsgehilfen und die ihnen gleichgestellten Rechtsanwaltsgehilfen eine Bestimmung, die das Arbeitsverhältnis betrifft, wenn ein Tarifvertrag besteht. Ein umfassendes Tarifgesetz haben wir aber nirgends, wenn es auch nicht an Versuchen dazu, wie jetzt in Frankreich, fehlt. In Deutschland haben wir keine tarifliche Regelung. Nur im Fall- und Hausarbeitergesetz wird der Tarifvertrag überhaupt erwähnt. Die Reichsregierung hat sich bisher ablehnend verhalten. Man sagt: Die Frage ist noch nicht spruchreif. Wir haben eine lebendige Entwicklung des Tarifwesens, in die wir nicht eingreifen wollen! Das entspricht ganz dem Rhythmus, in dem sich die Reichsregierung zu bewegen pflegt. Die Arbeiter lehnen die gesetzliche Regelung ab, wohl aus dem Gedanken heraus, daß alles abgelehnt werden muß, was an neuem sozialen Rechte kommt: „Wir kennen zwar die Forderungen nicht, aber wir mißbilligen sie“.

Der zutreffende Standpunkt der freien Gewerkschaften ist auf dem Hamburger Gewerkschaftskongresse nur nebenbei zum Ausdruck gekommen, so daß ihm wohl eine besondere Bedeutung nicht beizulegen ist. Neuerdings sind gerade von gewerkschaftlicher Seite, insbesondere von Adolf Braun und Leipart, dem Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes, Bedenken gegen eine gesetzliche Regelung geltend gemacht worden. Leipart hat den ablehnenden Standpunkt auf der vorjährigen Tagung der Gesellschaft für Soziale Reform besonders lebhaft vertreten, wenn er auch den gesetzgeberischen Vorschlägen zum großen Teil zustimmte. Leipart und auch Robert Schmidt sagen: Wir geben zwar zu, daß das bestehende Recht schlecht und gefährlich ist, aber lieber noch in diesem Rechte kämpfen, als ein neues Recht herbeiführen, das uns gefährlicher werden kann als der bestehende Rechtszustand! In diesen Argumenten steckt ein berechtigter Kern, ich möchte ihn nennen die Furcht vor kommenden sozialrechtlichen Aktionen. Ich bin der letzte, der bestreiten möchte, daß diese Furcht unbegründet ist. Jeder, der die Entscheidungen der Gerichte in den letzten Jahren verfolgt hat, muß zugeben, daß die Rechtsprechung den Arbeiterinteressen oft verständnislos gegenübersteht. Zu diesem Mißtrauen gegen den sozialen Inhalt des Rechts und der Rechtsprechung kommt noch das Mißtrauen gegen das Recht überhaupt. Wir sehen heute das Recht als eine fremde Macht an, die nur dann in Erscheinung tritt, wo es etwas zu hemmen gibt. Aber dieses Mißtrauen allein kann uns nicht forthelfen.

Die nächste Tarifentwicklung wird immer mehr die Wunden zeigen, die ihr das bestehende Gesetz schlägt.

Ich bin überzeugt, daß die Gesetzgebung nicht in den Stuben der Juristen und Staatsmänner, noch in wissenschaftlichen Lehrbüchern gemacht wird. Das Recht ist der Ausdruck der Machtverhältnisse, aber diese Macht muß sich durchsetzen. Jedoch die Macht der Gewerkschaften kann sich nicht dadurch allein durchsetzen, daß Menschen gesammelt werden, die als Masse auftreten, sondern die Masse muß auch wissen, was sie will. Denn wenn um die richtige gesetzliche Regelung gestritten wird, dann wird die Masse im Vorteile sein, die nicht nur erfüllt ist von den höchsten Idealen, sondern auch von den nächsten Gesichtspunkten. Solche Gesichtspunkte beeinflussen die Diskussion über das richtige Recht, und sie geben die Methode an die Hand, für ein richtiges Gesetz gegen falsche gesetzliche Bestrebungen zu streiten. Das gilt auch für die Durchführung des Gewerkschaftsrechts. Man kann freilich über Einzelheiten streiten, aber über die Grundlinien der Rechtsreform muß man sich einig sein.

Ich sehe drei Punkte als wesentlich für eine Tarifreform an.

Wir müssen erstens den Tarifvertrag herausheben aus seiner privatrechtlichen Enge. Wir müssen ihn zu einer Quelle zwingenden Rechts machen, d. h. die Bestimmungen des Tarifvertrags sind unanfechtbar.

Wir müssen die Tarifverträge wenigstens auf Arbeitsebene rechtlich einstellen auf die unabhängigen Berufsvereine. Tarifverträge sind Massenverträge. Die Masse kann aber nur als Ganzes in Organisationen auftreten und rechtlich behandelt werden. Die Organisation muß der Träger des Tarifrechts werden! Brechen Mitglieder des Verbandes den Frieden, so hat er die Maßnahmen zu treffen. Ein Friedensbruch der Organisation kann nur dann in Betracht kommen, wenn sie diese Pflicht unerfüllt gelassen hat. Weil aber die Organisationen die Schöpfer und Träger des Tarifvertrags sind, und weil die Organisationen darüber hinaus eine soziale Aufgabe erfüllen, die sonst un-

erfüllt bleiben würde, muß die unbefristete Haftung, die unter Umständen eine Organisation zerfließen kann, in eine beschränkte Haftung umgewandelt werden. Damit aber diese Aufgaben erfüllt werden, ist es notwendig, daß die Berufsvereine, wenigstens für Tarifzwecke, rechtsfähig werden. Eine solche beschränkte Rechtsfähigkeit muß ohne weiteres durch Einreichung der Statuten beim Gewerbeamt erworben werden können. Es ist weiterhin erforderlich, daß der § 152, Abs. 2 der Gewerbeordnung aufgehoben wird, der kein Rechtsverhältnis zwischen Berufsverein und Mitgliedern kennt, denn den Berufsvereinen muß es freistehen, auch rechtliche Zwangsmittel ihren Mitgliedern gegenüber zu ergreifen.

Drittens endlich müssen wir den Zivilprozeß als Methode des Rechtsschutzes in Tarifverträgen möglichst zurückdrängen. Soweit er noch bleibt, müssen wir ihn dem Gewerbeamt zuführen, damit die ordentlichen Gerichte von Entscheidungen in Tarifrechtsfragen befreit werden. Die Klage soll möglichst durch Verwaltungszwang ersetzt werden, ausgeübt durch paritätisch zusammengesetzte Behörden, als die sich die Gewerbeämter eignen, sofern nicht die Tarifverträge selbst in paritätischer Weise Vorzüge getroffen haben. Diesen Behörden muß das Recht zustehen, wegen Tarifungehörigkeits Ordnungsstrafen festzusetzen und Tarifhandlungen selbst zu erzwingen oder durch Dritte erzwingen zu lassen.

Ich glaube, daß eine solche gesetzliche Regelung den Tarifvertrag nicht hemmen, sondern ihn fördern wird. Die Hauptbedingung der gesetzlichen Regelung aber sehe ich darin, daß sie Kräfte frei macht, die heute noch gebunden sind, nicht nur im Kampf um die Erringung eines Tarifvertrags, sondern auch im Kampf um seine Durchführung.

## Das Internationale Sekretariat im Jahre 1912

Anfang Februar ging uns der Jahresbericht des Internationalen Buchdruckersekretariats in Stuttgart über das Jahr 1912 zu. In diesem Berichte, der wiederum in deutscher und französischer Sprache erschien, entrollt Kollege Peter Stautner, der internationale Sekretär, ein anziehendes Bild über die internationalen Beziehungen der Buchdrucker resp. ihrer Berufsverbände.

Im Jahre 1912 waren dem Internationalen Sekretariate, das gegen Ende 1893 seine Tätigkeit in Bern begann und seit April 1909 seinen Sitz in Stuttgart hat, 18 Buchdruckerorganisationen angeschlossen. Die Zahl der angeschlossenen Organisationen hat gegenüber dem Vorjahre keine Veränderung erfahren. Für das Jahr 1912 wurden die Kollegen August Herzog, Wilhelm Kasper, Gottlob Klein, Karl Knie und August Schönlecker von der Mitgliedschaft Stuttgart als Mitglieder der Sekretariatskommission bestätigt. Den Vorsitz in dieser Kommission führte Kollege Knie. Die ebenfalls von der Mitgliedschaft Stuttgart eingeleitete Revisionskommission bestand aus den Kollegen Konrad Arnold, Karl Gläser und Christian Kurz. Die Sekretariatskommission trat im Jahre 1912 zwecks Erledigung der schwebenden Fragen zu zwölf Sitzungen zusammen.

Der Bestand der Verwaltungskasse belief sich am 31. Dezember 1911 auf 2714,02 Mk.; Ende 1912 betrug er 1746,06 Mk. Der auf die angeschlossenen Organisationen entfallende Beitrag betrug im Jahre 1912 8 Pfl. pro Mitglied, also ebenso viel wie im Jahre zuvor. Der sechste internationale Buchdruckerkongreß in Stuttgart verurteilte 1478,18 Mk. Kosten.

Die Generalkonferenz des Schweizerischen Typographenbundes in Interlaken sowie die Delegiertenversammlung des Typographenbundes der romanischen Schweiz in Lausanne und die Kongresse der ungarischen Buchdruckerorganisationen in Budapest wurden vom Internationalen Sekretariate beistehend. Auf Erlauchen des Zentralkomitees des italienischen Verbandes begab sich Sekretär Stautner nach Mailand, um die dortigen Kollegen bei der Durchführung ihrer Tarifkredition zu unterstützen.

Im Druckfachen brachte das Internationale Sekretariat im Berichtsjahre zur Verwendigung die von uns in mehreren Artikeln besprochene dritte Broschüre „Die Gesellenorganisationen im Buchdruckgewerbe“ nach dem Stand am 1. Januar 1910, ferner den Jahresbericht über 1911 sowie zahlreiche Zirkulare.



Am Abende fand im Hotel „Stadt Prag“, dem Tatort, eine Massenversammlung statt, wie sie Tscheken und Bodenbach noch nie gesehen haben. Laufende Strömten herbei. Kaum die Hälfte konnte Zutritt finden. Die ausgesetzten Massen bevölkerten bis zum Schlusse der Versammlung den Marktplatz. Die Polizei verhielt sich sehr zurückhaltend. Kollege Gubmann und Landessekretär Czernak von der sozialdemokratischen Partei kennzeichneten in zündenden Worten unter der kiesten Erregung der Menge den ehrlosen Mörder, der um schändlichen Sudaslohn Menschen verkaufte, das eigentlich schuldige Unternehmertum, das sich nicht scheute, einen Suchtkünstler in seine Dienste zu nehmen, und die ebenfalls mitschuldigen Behörden, die die Tat durch Bewilligung des Waffenfragens erst möglich machten. Aber nicht Saß und Verachtung sollte aus dem Grabe Solingers steigen, sein Opfertod möge vielmehr der gesamten Arbeiterbewegung neuen Impuls und Aufschwung geben, denn werde das Blutopfer nicht umsonst gebracht sein. Die Redner beauchelten auch das lägerliche Zeitungsstreben, das fast ohne Ausnahme die schmachvolle Tat noch zu beschönigen versuche, ja sogar aus ihr ein Verbot des Streikpostenstehens herleiten möchte! Eine in diesem Sinne gehaltene scharfe Resolution fand, nachdem der Vorsitzende die erregten Versammlungsteilnehmer zur Ruhe und Besonnenheit ermahnt, einstimmige Annahme.

Die Massen beherzigten diese Mahnung und bewiesen damit, wie auch die Buchdrucker während ihres ganzen Kampfes und bei dem unglücklichen Zwischenfalle, daß sie die Disziplin sogar unter den schwersten Umständen zu wahren verstanden. Dadurch wird es der Reaktion schwer, auch nur den Schatten einer Schuld auf die Streikenden zu werfen.

Wie verurteilt, sollte der Mörder schon am 16. Februar in Reimeritz abgerichtet werden, wo verschiedene Zeugen bereits verhört worden sind. Fr. H.

## □ Friedensschluß in Osterreich! □

Nach Redaktionschluß trifft aus Wien die so lang erwartete Botschaft von dem definitiven Friedensschluß ein. Durch teilweise Neuherstellung der vorliegenden Nummer werden unsre Leser so schnell als möglich über den Ausgang des Tarifkampfes in Osterreich unterrichtet.

Die nachstehenden Meldungen in unsrer Auslandsrubrik differieren naturgemäß weiter zurück und sind durch die neusten Nachrichten zum Teil überholt. Sie illustrieren jedoch die Schwere der Verhandlungen in ihrem letzten Stadium und machen es verständlich, warum der Abschluß eines neuen Tarifs sich um eine volle Woche über den angenommenen Termin hinauszog.

Am 31. Januar endigten die viertägigen, unter Anteilnahme von sechs Vertretern des deutschen Tarifrats geführten Verhandlungen im österreichischen Handelsministerium mit einmütiger Verständigung in den Hauptpunkten: Lohn, Arbeitszeit, Kaufpreis für Berechner, Maschinenfab, Druck, Arbeitsnachweis und Tarifdauer.

Seit diesem Zeitpunkt wurden von der sogenannten großen, d. h. erweiterten Tarifkommission die Nebenfragen durchberaten, die nicht selten ungeahnte Bedeutung annahmen und manchmal die vorausgegangene Verständigung in Frage stellten. Das lag einmal in dem Verhalten der Parteien, zum andern war es auf den Hinzutritt neuer Verhandlungsteilnehmer in größerer Anzahl zurückzuführen. Dann aber mußte doch auch in allen Punkten völlige Klarheit geschaffen werden, um Auslegungsmöglichkeiten von jeder der Parteien im vorhinein zuzubehalten. Der Geschäftsführer des deutschen Tarifrats, Paul Schliebs, nahm an diesen teils Plenar-, teils Kommissionsverhandlungen bis zum Ende teil, während die übrigen deutschen Vertreter mit der Erledigung der Hauptverhandlungen ihre Mission in Wien erfüllt haben. Es war in diesem ersten Verhandlungsstadium auch der Beschluß zustande gekommen, daß der erste Regierungsvertreter, Sekretär Dr. Mataja vom Handelsministerium, am Schlusse der Spezialverhandlungen in allen kritisch bleibenden Punkten einen für beide Parteien verbindlichen Schiedsspruch zu fällen habe. Geheimrat Biegenstein begab sich zur Mitwirkung an der endgültigen Festsetzung des neuen österreichischen Tarifs in der vorigen Woche wieder nach Wien.

Am 14. Februar spät abends war endlich das schwere Werk gelungen: der Friede perfekt! Der 16. Februar wurde als Termin der Wiederaufnahme der Arbeit bestimmt. Der Krieg im österreichischen Buchdruckgewerbe hat also sieben Wochen gedauert. Da mit dem 27. Dezember wohl der Kampf auf der ganzen Linie eröffnet wurde, am 29. November jedoch Ausperrung und passiver Resistenz schon in einem so ansehnlichen Umfange in Anwendung waren, daß von Vorpostengefechten nicht mehr geredet werden konnte, so ist eigentlich von einer erstwähnten Kampfdauer zu sprechen. Es war somit der größte wirtschaftliche Erfolg im österreichischen Buchdruckgewerbe. Daß er mit aller Festigkeit von beiden Seiten geföhrt wurde, ist jedem aus unsrer künftigen Berichterstattung klar geworden. Nun ist der Friede nach anstrengenden achtzehntägigen Verhandlungen auf vier Jahre gesichert. Die bisher achtfährige Tarifdauer ist nämlich um die Hälfte gekürzt worden.

Es waren zahlreiche Punkte, die schließlich durch den Schiedsspruch des unparteiischen Regierungsdeputierten oder auch durch Vergleich vor dessen Forum erledigt werden mußten. Hoffentlich sind diese Entschcheidungen so ausgefallen, daß sie von beiden Seiten auch gern respektiert werden.

Leider konnten wir bis in später Abendstunde des 15. Februar noch nicht in Erfahrung bringen, wie sich das Ergebnis der kurzweiligen österreichischen Tarifrevision im einzelnen ausnimmt. An Bemühungen, wenigstens nach 24 Stunden Näheres zu erfahren, haben wir es wahrlich nicht fehlen lassen. Wenn der „Korr.“ wieder der Tagespresse hintennach hintert, so ist es nicht unsre Schuld. Die nachfolgenden Angaben über das Verhandlungsergebnis sind unter diesen Umständen also einstweilen noch mit Vorbehalt aufzunehmen.

Der Wiener Zeitungslehretarif wird von den neuen Vereinbarungen nicht betroffen, bleibt also weiter für sich bestehen. Die Arbeitszeit erfährt eine wöchentliche Verringerung um eine halbe Stunde. Gefordert wurden von den Gehilfen anderthalb Stunden, die Prinzipale wollten in dieser Beziehung überhaupt nichts bewilligen. Die durchschnittliche Lohnhöhung beträgt 3 Kr., für Wien 4 Kr. Das Angebot der Prinzipalität war anfänglich 2 Kr. Weiter sollten nach Ansicht der Prinzipale vier Lohnstufen eingeföhrt werden. Es ist jedoch zu der für die im ersten Jahre Ausgelernten schon bestehenden Lohnklasse nur eine neue eingeföhrt worden: vom zweiten Gehilfen bis zum 23. Lebensjahre. Der Lohn selbst bleibt für die Kategorie von Gehilfen unverändert. Der Kaufpreis für Berechner wurde um 4 Heller erhöht, prinzipalseitig waren 2 Heller geboten. Zulagen an Söhnerlohnte sind dem Belieben des Prinzipals anheimgestellt.

In der heißumstrittenen Schmalzmaschinenfrage bleibt das Berechnen auch ferner ausgeschlossen. Dagegen wurden die Lohnaufschläge wesentlich herabgesetzt; sie betragen nur noch 30, nach einer andern Meldung 30 und 35 Proz., je nach der Arbeitszeit. Das Leistungsminimum soll gemäß dem deutschen Tarif erhöht worden sein. Mit Ausnahme der großen Maschinen mit Einlegeapparat kann ein Maschinenmeister auch an zwei Maschinen tätig sein. Gegen entsprechendes Lohnaufschlag ist die Bedienung von mehreren Tiegeldruckpressen gestattet.

Der partielle Arbeitsnachweis, eine Hauptstreiffrage zwischen den Parteien, gelangt zur Einführung und dadurch die bis jetzt ausschließlich bestandene Stellenvermittlung der Gehilfen zur Auflösung. Für die Vertrauensmänner wurden besondere Bestimmungen geschaffen. Ferner sollen die diesmal während der Tarifdauer zur Anwendung gekommenen Kampfmethoden der passiven Resistenz und der Ausperrung als dem Geiste der Tarifgemeinschaft widersprechend erklärt worden sein.

Das sind die hauptsächlichsten Vereinbarungen. Ein detaillierteres Bild über den neuen Tarifschluß wird erst in nächster Nummer gegeben werden können. Aber die Lehren aus diesem Kampfe, bei dem bekanntlich die zuvor unternommenen Vermittlungsaaktionen gar nicht glücken wollten, wird nachdem noch einiges zu sagen sein. Wir glauben, es hat sich befähigt, was Kenner der Verhältnisse von Anfang an gesagt haben: Es wird weder Sieger noch Besiegte geben!

## Das Buchgewerbe im Auslande

**Osterreich.** Aber den Stand der Tarifbewegung konnte der Wiener „Vorwärts“ vom 13. Februar mitteilen, daß am Ende der Vorwoche im ganzen 6420 Kollegen durch Bewilligungen usw. aus der Kampflinie gerückt waren.

Nach den Mitteilungen des Ministerpräsidenten sowohl als auch der Tarifkommission selbst gestalten sich die Verhandlungen über die tariflichen Nebenfragen sehr schwierig. Die Vertrauensmännerversammlung, der der fertige Tarif vorgelegt werden sollte, war bereits für vorige Woche einberufen worden, sie wurde aber verschoben.

Das Verbandsorgan der ungarischen Kollegen, das sich ebenfalls eines Eingehens auf Teilergebnisse der bisherigen Verhandlungen enthält, bemerkt nicht mit Unrecht: „Sie und da werden einzelne Details veröffentlicht, doch da sie aus der Tarifkommission selbst nicht herkommen können, verdienen sie keinen Glauben. Möglicherweise wird mit dem Ausperrungen von allerlei Gerüchten und der Publikation anzüglicher „authentischer“ Details ein gewisser Zweck verfolgt. Die Gehilfenschaft bewahrt indessen vollkommene Ruhe.“

Von den noch fortdauernden Tarifverhandlungen wußte der „Vorwärts“ in seiner neusten Nummer noch nichts Endgültiges und Abschließendes mitzuteilen. Nur soviel wird gesagt, daß sich die Verhandlungen schier endlos lange hinauszuziehen, und daß um Kleines und Kleinstliches von den Prinzipalen geföhrt wird. Dazu kommt noch, daß Provokationen der Gehilfenschaft durch die Prinzipale zur Verfügung stehenden Zeitungen den Fortgang der Verhandlungen erschweren. Namentlich von der „Buchdruckerwoch“, dem Organ der österreichischen Buchdruckerbeihilfer, wurde im Verlaufe einer ihrer letzten Nummern in geradezu gemeingefährlicher Weise gegen die Gehilfenschaft losgezogen. Es hieß dort am Schlusse: Die Reihe der Enttäuschungen der irregulierten Arbeiterchaft ist nicht zu Ende. Es steht ihr noch die

größte bevor. Es werden nicht alle Arbeiter ihre verlassenen Konditionen wiederfinden und nicht alle ihre alten Löhne, die unter andern Umständen noch um 2 Kr. erhöht worden wären. Wie wollen das die Gehilfenführer verantworten? Nie und nimmer wird ihnen das gelingen. Der Stuch tausender Familienväter wird sie aus dem Damp verjagen.

Gen diese maßlose Provokation durch das Prinzipalorgan, die im Stadium der Verhandlungen doppelt verurteilenswert ist, legen die Vertreter der Gehilfenschaft in der Tarifkommission natürlich energisch Verwahrung ein und fordern eine klare Stellungnahme der Prinzipalvertreter zu dem verheißenden Artikel. Nach wiederholten Kommissionsberatungen beider Parteien gab der Prinzipalvertreter Saßer am 12. Februar folgende öffentliche Erklärung ab:

Die Prinzipalsture der Tarifkommission stellt fest, daß der Artikel „Enttäuschungen“ in Nr. 3 der „Buchdruckerwoch“ zu einer Zeit geschrieben wurde, als die Verhandlungen im k. k. Handelsministerium noch nicht geschlossen waren und daß die Herausgabe des Blattes aus technischen Gründen eine Verzögerung erfahren hat. Die Prinzipalsture der Tarifkommission gibt in lokaler Weise die Erklärung ab, daß sie die Veröffentlichung des Artikels insbesondere in dem Augenblick, in dem sie bemüht ist, den Frieden mit der Gehilfenschaft herbeizuföhren, um so mehr bedauert, als einzelne Mitteilungen den bisher getroffenen Abmachungen nicht entsprechen.

Es handelt sich bei dieser die Situation erschwerenden plumpen Provokation der Gehilfen anscheinend um die Tat eines jener unerantwortlichen Ratgeber, die sich in kritischen Situationen an die Arbeitgeber herandrängen, um ihnen dienlich zu sein. (Die „Zeitschrift“ brachte am 3. Februar aus der Feder eines österreichischen Prinzipals ein logenantes Stimmungsbild, das auch recht dick gegen die österreichische Gehilfenschaft und deren Führer auftrug.) Die österreichischen Prinzipalvertreter haben zwar ihrem Bedauern Ausdruck gegeben über die böse Entgegnung des Organs ihres Reichsverbandes, aber ein gefühloses Wort des Mitleids oder Bedauerns für das arme Opfer des Streikbrecheragenten Stellung halten sie nicht übrig. Das ist sehr bezeichnend. Läßt dieses Schweigen nicht auf einige Schuldbedrückung schließen?

Wie es heißt, versuchen österreichische, namentlich aber böhmische Prinzipale, nach Beendigung des Tarifkampfes Arbeitskräfte aus Deutschland zu engagieren. Derartige Angebote sind ebenso zurückzuweisen wie die bisherigen Streikbrecherangebote. Wenn Friede geschlossen, soll den österreichischen Kollegen die Arbeitslosigkeit nicht durch deutsche Gehilfen geschmälert werden. Es dürften sowohl noch manche innerbetriebliche Schwierigkeiten zu überwinden sein, bis in den Druckereien alles wieder im vollen Gange ist.

## □ □ □ □ Korrrespondenzen □ □ □ □

**Essen.** Die am 25. Januar abgehaltene Generalversammlung war von 125 Kollegen besucht. Der Beginn erregte die „Typographia“ die Anwesenheit durch zwei Liebespenden. In warmen Worten gedachte sodann der Vorsitzende des traglichen Endes des Kollegen Reihäuser, dieses um die Organisation so hochverdienten Mannes. Die Versammlung erhellte sein Unbenken in üblicher Weise. Unter „Geschäftlichem“ verwies Vorsitzender Krauß u. a. auf den Streik der österreichischen Kollegen. Nach einer Mitteilung aus Triest soll auch hier am Orte Streikarbeit verrichtet werden, wo, war nicht in Erfahrung zu bringen. Bei dieser Gelegenheit wurde aus der Mitte der Versammlung darauf verwiesen, daß in der hiesigen größten Tageszeitung zweimal Streikbrecherangebote österreichischer Buchdruckereien aufgenommen seien. Die Versammlung beauftragte nach kurzer Diskussion den Arbeiterschauspieler der betreffenden Firma, hiergegen bei dem Prinzipale vorfällig zu werden. Aufgenommen wurden zwei Kollegen, der eine davon war früher Mitglied des Outenberghundes. Den größten Teil der Versammlung nahm der Jahresbericht des Vorsitzenden in Anspruch. Der gedruckte vorliegende Massenbericht gab zu Beanstandungen keinen Anlaß. Die Benützung der Bibliothek ist schlechter geworden. Den Karstellbericht erstattete Kollege Groszkopf. Erfreulicherweise konnte er ein gutes Zusammenarbeiten mit der übrigen Arbeiterchaft konstataren. Schnelle Erledigung fand die Neuwahl des Vorstandes und der Kommissionen. Die antretenden Kollegen wurden per Akklamation wiedergewählt. Ortsbeitrag und Remunerationen bleiben dieselben. Bewilligt wurden: der Bibliothek 100 Mk., der Typographischen Vereinigung 50 Mk., dem Gesangsverein „Typographia“ 100 Mk. Die vorgesehene Neuberatung der Statuten wurde verlag.

**Hamburg-Altona.** Die von etwa 500 Kollegen besuchte Mitgliederversammlung am 26. Januar eröffnete Vorsitzender Dreier mit der Mitteilung, daß seit der letzten Versammlung der Kollege G. Jung sowie der frühere „Korr.“-Redakteur R. Reihäuser aus dem Leben geschieden seien, letzterem einen kurzen Nachruf widmend. Nach dem Spruche: „Dem Toten soll man nichts Schlechtes nachsagen“, wollen wir nicht an die letzten Lebensjahre Reihäusers denken, sondern daran erinnern, daß R. lange Jahre an hervorragender Stelle in unsrer Organisation gestanden habe; ja, sein Name bedeutete gewissermaßen ein Programm für die Gewerkschaftsbewegung. Wir bedauern, daß es nicht möglich war, seine bedeutende geistige Kraft länger im Interesse unsrer Organisation wirken zu lassen. Sodann erhielt Herr M. Zelds das Wort, um in einer einflussreichen Rede in selbsther und telektvollständiger Weise

den Anwesenden das Wesen der „Persönlichkeit“ vor Augen zu führen. Die Verammlung folgte dem Redner mit großer Aufmerksamkeit und spendete ihm am Schlusse seiner Ausführungen lebhaften Beifall. Den Bericht vom Hamburger Tarifschiedsgericht gab Kollege Pröpfer. Daran schloß sich die Bekanntgabe einer Reihe von Personalien durch den Vorsitzenden. Kollege Reuser erliefte um Auskunft, warum der Vorstand keine Erwiderung auf die vom Zentralverband der Zivilberufsmusiker erlassene Anzeige gegen den Buchdruckerband, Gau Hamburg, gegeben haben. Kollege Peters erwiderte, daß der Vorstand sowohl wie der Vergütungsausschuß infolge des unfairen Vorgehens des Vorsitzenden des Zentralverbandes der Zivilmusiker (Serrn Ehlers) von einer Entgegnung abgesehen haben. Zwei Tage vor dem Feste sei Herr C. im Bureau erschienen und habe einem Mitgliede des Vergütungsausschusses die Frage vorgelegt, wie es mit der Musik zu diesem Feste sei. Auf die Antwort, daß die Musik schon lange vorher bestellt sei, habe Herr C. sich umgedreht und sei ohne jedes weitere Wort davongegangen, um am andern Tage die Anzeige zu veröffentlichen. Inre Musiker, die wir schon seit Jahren beschäftigen, sind ebenso neutral organisiert wie wir Buchdrucker. Wenn wir Musiker benötigen, dann nehmen wir solche, die ihre regelrechte Lehrzeit durchgemacht haben, und nicht solche, die die Musik nur als Nebenbeschäftigung betreiben und deshalb mit ihren technischen Fähigkeiten weit hinter dem üblichen Durchschnitt zurückgeblieben sind. Als vor 14 Tagen Herr C. als Dirigent der Caféschule mit der Verwaltung des Gewerkschaftshauses einen Konflikt hatte und damit drohte, das Gewerkschaftshaus zu bonkottieren, bekam er von dem Verwalter die Antwort: „Gott sei Dank, dann sind wir Sie endlich los!“ Hieraus könnten die Kollegen ersehen, daß wir in der Beurteilung der Fähigkeiten eines großen Teils der dem Zentralverband angeschlossenen Musiker nicht allein stehen. In einem der letzten Sonntage hatten die Maschinenleger ein kleines Vergnügen. Von Herrn C. wurde dem Vorstand ein Musiker zugewiesen, der die Wiederbegleitung einer mitwirkenden Dame übernehmen sollte. Nachdem der Betreffende schon die Lieder mit der Dame eifrig Male durchgenommen, stellte der Musiker dem Vorstande der Maschinenleger mit, daß er die Begleitung nicht übernehmen könne, da diese zu schwer sei. So mußte der Vorsitzende noch am Festabend die Hände zusammenlegen, um einen Musiker der Caféschule zu bitten, die Begleitung zu übernehmen. Solchen Unannehmlichkeiten sei man ausgehehrt, wenn man Amateurmusiker berücksichtige. Derselbe Herr Ehlers, der den Buchdruckern den Vorwurf machte, daß sie gelernte Musiker zu ihren Vergnügungen heranziehen, beschäftigte selbst als Dirigent im Café des Gewerkschaftshauses einen überhaupt nicht organisierten Musiker. Kollege Rump unterstützte die Ausführungen des Vorredners, noch erwähnend, daß fast sämtliche größere der sozialdemokratischen Partei zur Verfügung stehende Lokalitäten mit Musikern besetzt seien, die nicht dem Zentralverband angehören. Kollege Haupt machte die Mitteilung, daß auch der Arbeiterturnverein „Vorwärts“ anlässlich seines Novemberfestes mit den Musikern vom Zentralverband böse Erfahrungen gemacht habe. Sämtliche Redner, die noch zum Worte kamen, verurteilten scharf das Vorgehen des Zentralverbandes. Zwei weitere beschäftigten sich mit der österreichischen Tarifbewegung.

**Sirchberg.** (Maschinenmeister.) Inre Generalversammlung konnte sich eines guten Besuchs erfreuen. Der Jahresbericht wurde ohne Zweifel entgegengenommen. Bei der dann folgenden Vorstandswahl wurden die bisherigen Vertreter einstimmig wiedergewählt. Hierauf hielt Kollege Burkert jun. einen Vortrag über die mechanische Kreierleisungsfähigkeit von Lankes & Schwärzler. Die sehr interessanten Ausführungen fanden reichen Beifall und zeigten eine rege Diskussion. Dem Referenten wie auch der Firma Lankes & Schwärzler sei für das lebenswürdige Entgegenkommen durch Überlassung von Materialien an dieser Stelle unser Dank ausgesprochen. Mit dem Wunsch, daß auch im neuen Jahre die Vereinigung weiter blühen und wachsen möge, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Karlstraße.** (Maschinenleger.) Die am 25. Januar stattgehabte Generalversammlung hätte besser besucht sein dürfen, war doch Rastatt überhaupt nicht vertreten. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende den verstorbenen Kollegen Fridt und Rehäuser warme Tadel. Das Gedenken der Verstorbenen wurde von der Versammlung in üblicher Weise gelehrt. Zu dem gedruckten vorliegenden Jahresberichte fügte der Vorsitzende noch einige Erörterungen hinzu; er wurde einstimmig gutgeheißen. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Aber die Verhältnisse in den einzelnen Druckereien wurde mündlich Bericht erstattet; dabei wurde aus einem Druckereisilber darüber geführt, daß man daselbst wohl verstanden habe, die Arbeitszeitverlängerung gut auszunutzen, jedoch auf Zahlung über Minimum hat es trotz mehrmaligen Vorstellungsverweises bis jetzt nur ein Kollege gebracht. Der bisherige Vorsitzende, Kollege Mäser, war nicht zu bewegen, sein Amt weiterzuführen. Die deshalb vorgenommene Neuwahl fiel auf Kollegen Ring, während Kollege Lang die Verwaltung der Kasse weiter besorgte. Die Aufnahme eines Neuanstellers konnte ebenfalls vollzogen werden. Beschlüssen wurde noch, im Laufe des Jahres eine Bezirksversammlung in Wüßl abzuhalten.

**Kiel.** Inre am 25. Januar abgehaltene, aufbelebte Generalversammlung wurde vom Vorsitzenden eröffnet mit warmen Worten des Gedenkens an die verstorbenen Kollegen Ludwig Rehäuser, von dessen Ableben uns tagsvorher Kunde geworden war. Außer Entgegnung der nur die Mitgliedschaft berührenden Mitteilungen und des Jahresberichts des Vorstandes waren geschäftliche Tages-

ordnungspunkte zu erledigen und Stellung zu nehmen zu dem Entwurf einer Arbeitslosenversicherung in der Stadt Kiel. Dem vom Vorsitzenden erstatteten ausführlichen Jahresberichte folgte die Verammlung mit großer Aufmerksamkeit. Reicher Beifall lohnte ihm für die vorzügliche Arbeit. Ein Wunsch, die Vorsitzenden der Sparen zu den Vertrauensmännerversammlungen hinzuzuziehen, soll Berücksichtigung erfahren. Erwähnt mag sein, daß von den Kieler Mitgliedern im verflochtenen Jahre 62 Kollegen keine Zeit fanden, auch nur eine Versammlung zu besuchen. (Daß sich ein so hoher Prozentsatz der Mitgliedschaft Kiel in der passiven Rolle gefällig, ist entschieden zu verurteilen. Red.) Von dem mit der heiligen Gewerkschaftsberuf getroffenen Abkommen über freie Verspaltung durchbrechender Buchdrucker in den Weihnachtsfeiertagen wurde im letzten Jahre kein Gebrauch gemacht. Lebhaftige Diskussion rief der vom Magistrat den städtischen Kollegien vorgelegte Entwurf einer Arbeitslosenversicherung hervor. Konnte man den Entwurf als besonders gelungen gerade nicht bezeichnen, so wurde vom Vorstande doch empfohlen, aus Solidaritätsgründen für die übrige Arbeiterklasse unsere Zustimmung zu geben. Es sollen je vier Beitragsklassen eingerichtet werden für Einzelversicherte und Organisationszugehörige. Danach rangieren die Buchdrucker in der dritten Klasse mit einem Wochenbeitrage für Organisierte von 10 Pf., Unorganisierte 20 Pf. Geleistet wird von der Versicherung an erstere eine Unterstützung von täglich 80 Pf., an letztere 1,15 Mk. auf die Dauer von insgesamt 45 Tagen im Jahre. Die für unsere Mitgliedschaft sich ergebenden Ziffern im letzten Geschäftsjahre zugrunde gelegt und die Grenzen für den Bezug berücksichtigt, würde das für uns eine Beitragsleistung von etwa 1400 Mk. bedeuten, der eine Gegenleistung von etwa 750 Mk. gegenüberstehen würde. Besonders debattiert wurde über die Verpflichtung zur täglichen Kontrolle, über den mit der Versicherung verbundenen Arbeitsnachweis und die Einziehung in eine zu hohe Beitragsklasse, jedoch schließlich dem Entwurf im Prinzipie zugestimmt, nachdem die Erwartung ausgesprochen war, daß es den Arbeitgebervertretern im Stadtparlamente gelingen möge, einige Härten zu beseitigen. Kollege Prüter (Stadtverordneter) betonte noch, daß in der Kommission erwohnen sei, die Beiträge resp. Gruppierung der einzelnen Berufe nach dem Ergebnisse des ersten Geschäftsjahrs neu zu regeln und ebenfalls die Kontrolle der Organisierten den einzelnen Gewerkschaften anheimzugeben. Die alsdann vorgenommene Vorstandswahl ergab die Wiederwahl der bisher amtierenden Kollegen, mit Ausnahme eines verstorbenen Besitzers. Die vom Vorstande gestellten Anträge: Zahlung von 75 Pf. pro Woche Zuschuß an konditionslose Mitglieder für freiwillige Weiterversicherung in der Drickrankenkasse sowie Belegung der Gelder der Orts- und Zuschußkassen bei der Sparkasse des Allgemeinen Konsumvereins in Kiel, wurden angenommen. Die Forderung der Beiträge wurde zurückgestellt auf eine zum März einuberufende außerordentliche Generalversammlung, nachdem die städtischen Kollegien über die Arbeitslosenversicherung entschieden haben werden.

**Lübeck.** Inre am 28. Januar abgehaltene Generalversammlung war von etwa 80 Kollegen besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende dem kürzlich verstorbenen Kollegen Ludwig Rehäuser einen Nachruf und bedauerte das tragische Geschick dieses unsrer Organisation verdienstlichen Mannes. Im Anschluß an die Bekanntgabe einiger Mitteilungen nahm die Versammlung den Bericht des Gewerkschaftskartells resp. den der Vorstandskonferenz entgegen. Weiter berichtete Kollege Molkenbuh über eine Sitzung der Vorstände der graphischen Vereine. Der Kassierer gab hierauf den Kassenbericht, wofür ihm Entlastung erteilt wurde. Sodann erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Der Bericht der Bibliothekare ließ eine regere Inanspruchnahme unserer Bücherei erkennen. Dem Vorhange des Vorstandes, 60 Mk. für die Bibliothek zu bewilligen, wurde zugestimmt. Im Vorhange trat insofern eine Änderung ein, als der Posten des Schriftführers sowie der eines Besitzers neu besetzt wurde. Der Typographischen Vereinigung wurde eine kleine Unterstützung erteilt. Die übrigen Tagesordnungspunkte fanden glatte Erledigung. Auch an dieser Stelle seien die Kollegen ermahnt, regen Anteil an Organisationsleben zu nehmen als wirkliche Mitglieder, nicht nur als zahlende.

**Neumünster.** Inre am 24. Januar abgehaltene Generalversammlung hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Einleitend gab der Vorsitzende einen Situationsbericht über die gegenwärtige Lage der österreichischen Kollegen. Der hierauf vom Vorstand erstattete Jahres- und Kassenbericht wurde von der Versammlung gutgeheißen. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der Vorstand wurde mit Ausnahme des Bibliothekars, für den sich eine Neuwahl notwendig machte, weil nicht mehr im Berufe tätig, einstimmig wiedergewählt. Das diesjährige Sitzungsfest soll Ende Februar durch einen Kommerz mit Damen gefeiert werden. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

**Ohrdruf-Lambach.** (Wierteljahrsbericht.) Im letzten Quartale hielt unser Ortsverein zwei Monatsversammlungen ab, die von fast allen Kollegen besucht waren. Außer dem Kassenberichte, der wieder einen höheren Bestand der Drickkasse aufwies, wurde nur über Angelegenheiten interner Natur verhandelt. — Im Anschluß an die zweite Versammlung fand eine Druckachenausstellung statt, die von den Kollegen eingehend besichtigt wurde. Möge diese Ausstellung ein neuer Ansporn gewesen sein für alle Kollegen, immer gleichen Schritt zu halten mit der technischen Entwicklung in unserm Gewerbe.

**Pönnick.** In der am 24. Januar abgehaltenen Generalversammlung unseres Ortsvereins, dem auch

die Kollegen von Neustadt a. D. angeschlossen sind, wurde der Bericht von der Bezirksvorsitzendenkonferenz erstattet. Im Gegenfalle zu der Gespögnen an andern Orten verlagen hier die ortseingeweihten ältern Kollegen und wirkten durch ihr schlechtes Beispiel verberlich auf die jüngern. Vom Vorsitzenden wurde zunächst der Jahresbericht erstattet. In der Typographischen Vereinigung ist eine Anzahl Kollegen unangelehrt an ihrer Fortbildung tätig. An der Schaffung guter Druckmaschinen beteiligten sich die Kollegen fleißig, und es konnten gute Noten erzielt werden. Der Bericht von der Bezirksvorsitzendenkonferenz wurde mit regem Interesse entgegengenommen. Eine kurze Erörterung einer internen Angelegenheit beschloß die Versammlung. Wächten die heiligen Kollegen die Zeichen der Zeit besser verstehen lernen und durch regen kollegialen Verkehr und eifrigen Versammlungsbesuch das kollegiale Leben am Orte fördern!

**Rastatt.** Am 24. Januar hielt unser Ortsverein seine Generalversammlung bei guter Beteiligung ab. Vorsitzender Wüßle erstattete in eingehender Weise den Jahresbericht. Der Versammlungsbesuch war im vergangenen Jahr als gut zu bezeichnen. Die Neuwahlen ergaben die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes.

**Gau Schleien.** Der vom Gauvorstande zur Erreichung einer Neujahrskarte ausgeschriebene Wettbewerb hatte eine gute Beteiligung aufzuweisen, trotzdem aus Oberschleien keine Einleitung zu verzeichnen war. Das Resultat der Bewertung ist folgendes: 1. Preis P. Scholz, 2. Preis (beide in Riegnitz), 3. Schwarz (Breslau), 4. Seewald (Riegnitz), 5. Wanner (Breslau), 6. Piepenhauer (Görlich), 7. G. Scholz (Breslau), 8. Stanke (Sagan), 9. Rolke (Neustadt a. D.), 10. Lindner (Breslau). Lobend erwähnt seien die Arbeiten der Kollegen Wohl (Breslau) und Matthieu (Görlich). Die Bewertung lag in Händen der Graphischen Vereinigung Dresden. Diese bezeichnete das Resultat des Wettbewerbes als ein gutes. Eingegangen waren 81 Arbeiten.

**Würzburg.** Die Generalversammlung vom 25. Januar hatte einen guten Besuch aufzuweisen, da über drei Viertel der Mitglieder anwesend waren. Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm die Versammlung eingehend Stellung zur gleichzeitig am hiesigen Orte stattfindenden Protestversammlung zum Koalitionsrechtsraube, sich auf deren Boden stellend und die verlesene Resolution derselben einstimmig annehmend. Des weitern gedachte Kollege Semmerich der Verstorbenen des verflochtenen Jahrs mit ehrenden Worten, wobei neben den Kollegen hiesigen Orts und den Kollegen Peuckert, Klapproth, Feismann und Schröder auch Kollege Rehäuser Erwähnung fand. Der erschöpfende und „inhaltsreiche“ Jahresbericht des Vorstandes wurde debattiert genehmigt. Wiederum mußte die erste Ernennung hespziell an die jungen Kollegen gerichtet werden, betreffs Versammlungsbesuch und „Korr.“-Lesen mehr wie bisher ihre Pflicht zu erfüllen. Der Kassenabrechnung wie auch den Jahresberichten der Verwaltung wurde einstimmige Genehmigung erteilt. Besondere Anerkennung wurde der mühsertigsten, auch von der Gauverwaltung stets anerkannten Kassenführung des Kollegen Schöffel gezollt und ihm Entlastung erteilt. Der Bericht der Kartelldelegierten gab Zeugnis von einem arbeitsreichen Jahre, wobei im besondern die verschiedenen Wahlen hervorzuheben sind. Ein Antrag auf Entschädigung der Druckereikassierer für geleistete Verwaltungsarbeit aus der Drickkasse wurde abgelehnt, so daß diese nach wie vor in den größeren Druckereien durch einen Ertragsbeitrag von 10 Pf. pro Mitglied und Quartal zu erfolgen hat. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband schloß Kollege Semmerich die gutverlaufene Generalversammlung. — Die Neuwahl der Vorstandschäft, die heuer zum ersten Male durch Urabstimmung erfolgte, ergab Änderungen beim zweiten Vorsitzenden, der eine Wiederwahl ablehnte, und beim dritten Besitzer dahingehend, daß der bisherige dritte Besitzer zum zweiten Vorsitzenden vorrückte und für ihn ein neues Vorstandsmitglied gewählt wurde. Auch bei den Kartelldelegierten ergaben sich kleine Änderungen.

### o o o o o Rundschau o o o o o

**Heinrich Schneider Redakteur an der „Zeitschrift“?** Der sehr bekannte „Heinrich vom Rhein“ soll, wie uns von verschiedenen Seiten mitgeteilt wird, demnächst den Schauplatz seiner Tätigkeit nach Leipzig verlegen. Tatsache ist, daß er seine Faktorenstellung in Limburg Mitte Februar gekündigt hat. Die Bestätigung der weitem Meldungen, daß Schneider an die „Zeitschrift“ als zweiter Redakteur geht und 4000 Mk. Gehalt bekommen soll, bleibt abzuwarten. Sollte aber diese Nachricht zutreffend sein, dann wäre jedenfalls das Kopfschütteln allgegenwärtig, daß eine Person an die „Zeitschrift“ berufen wird, deren Gesinnungswandel ganz erkranklich ist, die es sogar fertig brachte, heute den Gutenbergsbund allen Kritikern wegen ehrkränkender Angriffe verlagern zu wollen, morgen aber ihm als Mitglied beizutreten. Der aufmerksame Leser der „Zeitschrift“ wird gemerkt haben, daß Schneider in letzter Zeit häufig für das Prinzipalsorgan schrieb.

**Lohn der Arbeitswilligkeit.** Zu der unter vorstehender Stichmarke in Nr. 13 des „Korr.“ veröffentlichten Zurückweisung deplacierter Angriffe in der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ auf uns, bringt nun die letztere in ihrer Nr. 13 eine „Entgegnung“, woraus hervorgeht, daß die in Frage kommende Mächner Firma der Einleitung der von uns näher beleuchteten Philippa fernsteht, indem sie nicht von dem Verlage des „Echo der Gegenwart“ stamme. Soweit demnach unsere Einwendungen in Nr. 13 direkt an die Adresse der Mächner Firma gerichtet waren, sind sie falsch adressiert und damit (Fortsetzung in der Beilage.)

# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Eingelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 20 — Leipzig, den 17. Februar 1914

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

## (Forschung aus dem Hauptblatt.)

hinfällig geworden. Welche Adresse aber nun die richtige ist, das wissen wir nicht, berufen uns aber darauf, daß in der „Zeitschrift“ Nr. 8 bezüglich dieser Frage wörtlich zu lesen war: „In nachfolgenden Zeilen gibt die Nachener Firma die nötige Aufklärung über den Fall.“ Daraus ist zu ersehen, daß wir an dieser falschen Adressierung unschuldig sind. Im übrigen freut es uns, daß die Nachener Firma die hanebüchene Verchiebung der Streikfrage, wie dies in Nr. 8 der „Zeitschrift“ unternommen wurde, einer solchen Feststellung würdig erachtet. Für uns hat sich die Sache damit in bester Weise erledigt.

**Neue Kongresse zur Buchgewerbeausstellung.** Zu den schon früher bekanntgegebenen Kongressen und Gesellschaftsfahrten, die anlässlich der Leipziger Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik in diesem Jahre veranstaltet werden, sind in den letzten Wochen noch die folgenden hinzugekommen: Verein deutscher Bahnbuchhändler (Leipzig), Gauvorsichterkonferenz des Verbandes der Deutschen Buchdrucker (Berlin), Verband der Verleger deutscher Verleger (Samburg), Verein deutscher Buchgewerbetreibender (Leipzig), Verein deutscher Rechtsanwältinnen (Berlin), Soz. Presserband für die Provinz Sachsen (Halle), Allgemeiner Deutscher Genosenschaftsverband (Berlin), Genosenschaftlicher Verein (Chemnitz), Verband deutscher Bücherrevisoren (Leipzig), Deutscher Arbeiterweltverbandsbund (Kriegszweig bei Köthen), Verein für das Deutschtum im Ausland (Allgemeiner Deutscher Schulverein [Berlin]), Frauenzweiggruppe des Vereines für das Deutschtum im Ausland (Leipzig), Verein Sächsischer Reallehrer (Leipzig), Deutscher Verlegerverband (Leipzig), Verein der Kinematographenbesitzer von Chemnitz und Umgegend (Chemnitz), Deutscher Streifenverband (Berlin-Charlottenburg), Lutherischer Gottesdienst (Leipzig), Verband deutscher Kliniker (Leipzig), Verband der Perlmutterindustrie Deutschlands (Berlin), Verein Säuglingspflege (Leipzig), Verein deutscher Maschineningenieure (Berlin), Verein sächsischer Gemeindebeamten (Leipzig), III. Sachstagen Dresden 1914 (Dresden), Studienreise der Deutsch-Amerikaner (New York), Abteilung für Papierfabrikation des „Sampereen Technikum Ostro“, Staatliche Technikum (Lammerform, Finnland), die vereinigten Buchdruckerverbände von Wien und Prag u. a.

**Eine Buchdruckerei der Reichswerke in Kiel.** Schon seit mehreren Jahren hörte man in Kiel von dem Plane, wonach auf der dortigen Reichswerke zur Herstellung der benötigten Drucksachen eine eigene Druckerei errichtet werden soll. Gegen Ende des vorigen Jahres nahm nun der Plan greifbare Gestalt an. Die Errichtung einer Druckerei wurde in Angriff genommen, im Laufe dieses Jahres soll eine bedeutende Erweiterung des Betriebs vorgenommen werden. Dadurch dürften zweifellos einige Kieler Buchdruckereien, die bis jetzt die Drucksachen für die Werke herstellten, ganz empfindlich in Mitleidenschaft gezogen werden. Auch die Gehilfenschaft wird nach den bisherigen Beobachtungen von dieser Auerung keinen Vorteil haben; denn es besteht sehr wenig Aussicht, in dieser neuen Druckerei arbeitslose Gehilfen aus unsern Reihen unterzubringen. Bis jetzt arbeiten in der Werkdruckerei vier Gehilfen, von denen man nicht weiß, wo sie hergekommen sind; die Mutter, „Protektion“ scheint dabei besonders ausschlaggebend gewesen zu sein. Außerdem sind die Arbeitsverhältnisse direkt unfairlich, indem z. B. an der Buchdruckereipresse kein gelernter Buchdrucker, sondern ein Steindrucker arbeitet. Für eine solche Durchbrechung unsrer tariflichen gewerblichen Ordnung durch eine behördliche Druckerei haben wir kein Verständnis. Es verlohren sich darin neben einer Schädigung der gewerblichen Tarifpolitik im besonderen, auch sozialpolitische rückwärtsgerichtete Tendenzen im allgemeinen, die dazu beitragen, Sympathien für eine Erweiterung staatlicher Produktionszweige ganz erheblich abzukühlen. Staatsbetriebe sollen Mutterbetriebe für gewerblichen wie sozialen Fortschritt sein, aber nicht das Gegenteil!

**Konkurs.** Wie wir dem „Koburger Tageblatt“ entnehmen, wurde über das Vermögen der Buchdruckerei P. Barth in Jünnau das Konkursverfahren eröffnet. Mangelhafte Kalkulation soll die Ursache dieses finanziellen Zusammenbruchs sein.

**Schwerer Unglücksfall.** In St. Etienne (Frankreich) wurden in einer Druckerei durch den Einsturz eines Gesteines mit lithographischen Steinen ein Arbeiter getötet und sieben schwer verletzt.

**Städtische Arbeitslosenunterstützung in Berlin.** Die Berliner Stadtvorordneten faßten am 12. Februar den Beschluß, 300.000 Mk. zur Gewährung von unversicherten Darlehen an Personen, die infolge des wirtschaftlichen Niederganges in vorübergehender Not geraten sind, zu verwenden. Voraussetzung der Bewilligung des Darlehens soll ein einjähriger Aufenthalt in Berlin sein. Die Darlehen sollen ferner in der Regel nur verheirateten und solchen andern Personen gewährt werden, die eine Familie zu unterhalten haben und eine fortschreitende Armenunterstützung nicht beziehen. Der Betrag des Darlehens soll für die einzelne Person 40 Mk. nicht übersteigen. Wegen der Rückzahlung der Darlehen sind angemessene Fristen zu vereinbaren. Ferner soll der Magistrat ersucht werden, die Verwaltung der städtischen Mietelgüter zu beauftragen, ar-

beitslose gegen den ortsüblichen Tagelohn in möglichst großem Umfange zu beschäftigen, dann aber auch einen Organisationsplan in bezug auf die Kolonisation städtischer Siedlerkolonien vorzubereiten, nach dem in Zeiten von Arbeitslosigkeit Arbeitslose in größerem Umfange als bisher in diesem Zweige der städtischen Verwaltung Beschäftigung finden können.

**Bemerkenswertes aus der Krankenkassenbewegung.** Eine Krankenkassenkontrollurin wurde auch in Mühlburg angestellt. — Bei der Wahl des Ausschusses zur Ortskrankenkasse Rastatt (Stadt) erhielten die freien Gewerkschaften 22 und die Gegner 18 Vertreter. — In Bremen wurde der Arbeitersekretär und Kollege S. Meien einstimmig als Vorsitzender der dortigen Ortskrankenkasse gewählt. — In Breslau ist eine definitive Einigung zwischen Krankenkassen und Ärzten noch nicht zustande gekommen. Der Widerstand der Kassenvertreter gegen die Abfindung und Abschiebung der von ihnen über Gebühr finanziell an sich gehaltenen „Hilfskräfte“ besteht immer noch in aller Schärfe. Die Geister, die sie gerufen, werden sie nicht mehr los. — Bezüglich unsrer Verdanken in Nr. 150 v. S. über eine Beteiligung der Gewerkschaften an einer Versammlung in Mecklenburg, in der mit Schurigel, Anprangeri und Bonhoff der Ärzte stark geliebäugelt worden sein soll, können wir nachträglich feststellen, daß mit der in Frage kommenden Versammlung in Schwerin die freien Gewerkschaften nichts zu tun hatten. Jenes Sabotageunternehmen gegen die Ärzteorganisation ging von einer sogenannten Sozialen Kommission aus, die sich unter der Führung eines Eisenbahnbetriebssekretärs um alle möglichen und unmöglichen Sachen kümmert, und zwar nach Originalrezepten aus M. Gladbach. — In Dresden ist die Wahl des Vorsitzenden noch nicht entschieden; die erste Abstimmung am 13. Februar ergab keine Mehrheit für den bisherigen Vorsitzenden Frähdorf. Am 24. Februar soll eine zweite Abstimmung stattfinden. Ein besseres Resultat ist aber kaum noch zu erwarten, so daß auch hier wie in Leipzig der Vorsitzende vom Versicherungsausschuss ernannt werden wird.

**Christliche Berherrschung der Disziplinosigkeit.** Die bekannte Walschkefabrik der „christlichen“ Gewerkschaften in Köln regt sich in Nr. 7 ihrer „Gewerkschaftskorrespondenz“ fürchterlich darüber auf, daß von einem Mitglied unsrer Organisation in einer süddeutschen Stadt die Beschäftigung gewerkschaftlicher Disziplin verlangt wurde. Der Betreffende ließ sich nämlich auf der Liste unsrer Gegner bei den Gewerkschaftswahlen aufstellen und wollte damit dazu beitragen, die Bestrebungen der Gegner der freien Gewerkschaften auf sozialrechtlichem Gebiete zu unterstützen. Als ihm wegen dieses disziplinosigen Verhaltens von zuständiger Seite begreiflich gemacht wurde, daß er dadurch seine fernere Mitgliedschaft in Frage stelle, schwenkte er ein und unterordnete sich der aus Gründen der Selbstbehaltung für jede Organisation unentbehrlichen Disziplin. Diesen Vorfall bezeichnet nun die genannte „Gewerkschaftskorrespondenz“, die vom Generalsekretariate der christlichen Gewerkschaften Deutschlands herausgegeben wird, als eine Neutralitätsverletzung und als ein Scheinprellen in die „freigewerkschaftliche Zwangsjacke“. Daß mit einer solchen Beurteilung die „christlichen“ Strategen nur zugeben; daß bei ihnen kein Wert auf feste Prinzipien und strenge Disziplin gelegt wird, wird sich diese Herren ansehend gar nicht bewußt, es müßte denn sein, daß für sie völlige Disziplinosigkeit überhaupt als Weisheit letzter Schluss gilt.

**Polizei in ausländischen Gewerkschaften.** Die Polizeiverordnungen, mit denen schon seit längerer Zeit die englischen Gewerkschaften zu rechnen haben, worüber wir zuletzt in Nr. 11 an dieser Stelle schon Näheres mitgeteilt haben, zeigen sich neuerdings auch in verstärktem Maß in den schwedischen und französischen Gewerkschaften. In Frankreich veröffentlichte erst vor kurzem der Vorstand des französischen Eisenbahnerverbandes einen Aufruf an die übrigen Gewerkschaften, der zur Aufzählung einer Diskussion über die politische Betätigung der Gewerkschaften Anlaß geben soll. In dem Aufrufe wird hervorgehoben, daß sich trotz der energischen Verleumdung der Arbeiterinteressen durch die Sozialisten in der französischen Kammer die Regierung und die bürgerliche Mehrheit zu keiner durchgreifenden Hebung der Lage der Arbeiterklasse bereit zeigen und insbesondere einer Verstaatlichung der Eisenbahnen keine Neigung entgegenbringen. Aus diesem Grunde fordert der Eisenbahnerverband alle übrigen Gewerkschaften auf, sich an der Verletzungs Kampagne der Eisenbahner zu beteiligen und ohne Rücksicht auf ihre sonstige politische oder antipolitische Stellungnahme bei den nächsten Wahlen gegen jeden Kandidaten zu stimmen, der sich nicht verpflichtet, die Forderungen der Eisenbahner zu vertreten oder der sich durch seine bisherige parlamentarische Tätigkeit als Gegner ihrer Interessen entpuppt hat. Wie daraus zu ersehen ist, es auch hier nur die rückwärtslose Ausnutzung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, die den Gewerkschaften keinen andern Ausweg mehr zeigt, als ihre Bestrebungen durch politische Erwerbungen und Sanierungen zu fördern. Zu beachten ist jedoch, daß diese Bestrebungen nicht in einseitiger Weise auf eine beschränkte Parteipolitik hinzielen, sondern ihnen

zur wirtschaftliche Gesichtspunkte im allgemeinen als Richtschnur dienen. Im letzteren Sinne zeigen sich auch bestimmte Wandlungen im Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei in Schweden. Hier baute sich die sozialdemokratische Partei Ende der achtziger Jahre direkt auf den gewerkschaftlichen Organisationen auf. Wegen dieses Verhältnis machte sich nun in den letzten Jahren auf beiden Seiten eine immer größere Opposition geltend. Und im Jahre 1909 beschloß der Kongress der schwedischen Gewerkschaften, die Bestimmung aus dem Zentralkomitee zu streichen, wonach sich die der Gewerkschaftszentrale angeschlossenen Gewerkschaften der sozialdemokratischen Partei anzuschließen hätten. Heute ist die Sache soweit gediehen, daß eine von der sozialdemokratischen Partei eingesetzte Kommission, die die Frage der Organisationsform näher untersuchen sollte, von einer weiteren Änderung nur deshalb abraten zu müssen glaubt, weil sie einen weiteren Abfall der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter befürchtet. Es ergibt sich daraus, daß die schwedische sozialdemokratische Partei sich nicht aus eigener Kraft zu halten vermag, und andererseits durch den gegenwärtigen unklaren Zustand für diese wie für die Gewerkschaften manche Differenzpunkte vorhanden sind, die im Interesse beider Teile nach unsrer Ansicht am besten durch eine friedliche Trennung beseitigt werden könnten.

**Verkürzung der Arbeitszeit in den französischen Staatsbetrieben.** Der französische Finanzminister sowie der Kriegsminister haben nach einer Mitteilung der „Sozialen Praxis“ der Deputiertenkammer einen Gesetzentwurf unterbreitet, wonach die wöchentliche Arbeitszeit in den Staatsbetrieben allgemein auf 49 Stunden begrenzt werden soll. Die in Frage kommenden Betriebe sind die Tabak- und Zündholzfabriken, die Münze, die Staatsdruckerei, die Stenographenwerkstätten der Artillerie, die Pulverfabriken und die Zuckerbetriebe. Die 49 Wochenstunden sollen auf die sechs Arbeitstage so verteilt werden, daß „den Anforderungen der Betriebe und den persönlichen Interessen der Arbeitnehmer“ Rechnung getragen wird. Die aus der Neuregelung der Arbeitszeit erwachsenden Mehrkosten werden für das laufende Jahr auf nahezu 6 Mill. Franks veranschlagt. Aber die Regierung vertritt die Ansicht, daß diese Befassung binnen kurzem durch Mehreträge der Betriebe wieder ausgeglichen werden könne.

**Verlassende Streikbrecherherrlichkeit?** Dieser Tage fand vor dem Schwurgericht I am Berliner Landgericht eine Verhandlung statt, die durch ihren Ausgang die Stoffung erwecken kann, daß der Nimbus der „Staatsverhaltens“ Streikbrecher an Gerichtsstelle an Sturzwerk zu verlieren scheint. Es wurden nämlich zwei Arbeiter, die unter der Anklage schweren Landfriedensbruchs standen, freigesprochen, weil die Glaubwürdigkeit der Hauptbelastungszeugen, zweier berufsmäßiger Streikbrecher namens Meinel und Ruppert, mit Erfolg angezweifelt wurde. Die Beweisaufnahme ergab, daß sich gelegentlich eines Streiks in einer Berliner Tischlerei ein Zusammenstoß zwischen Streikenden und Streikbrechern ereignete, wobei die beiden vorgenannten „Arbeitswilligen“ in provokatorischer Weise vorgingen, so daß ihnen von der Menge gefährliche Waffen abgenommen werden mußten. Bezüglich der Angeklagten konnte jedoch trotz genauer Untersuchung nicht das geringste Strafbare Vergehen festgestellt werden; dagegen ergab eine nähere Prüfung des Vorlebens der Hauptbelastungszeugen, daß sie zur schlimmsten Seite gehören. Obwohl der Staatsanwalt im Sinne der Anklage auf schuldig plädierte, kamen die Geschworenen doch nach fast einstündiger Beratung zu einer Verneinung sämtlicher Schuldfragen, worauf das Gericht die Angeklagten vollständig freisprach. In der gegenwärtigen Zeit, wo scharfmacherische Unternehmerkreise und andre reaktionäre Gesellschaften oder Personen sich in lauter Streikbrecherherrlichkeit gegeneinander den Rang abzulaufen suchen, berührt eine solche Gerichtsentcheidung doppelt angenehm. Es ist wenigstens ein Beweis, daß die Bäume ehrloser Subjekte doch nicht in den Himmel wachsen können, auch wenn sie sich noch so sehr als Verräter der organisierten Arbeiterklasse profilieren.

## Verschiedene Eingänge.

„Moderne Kunst“, illustrierte Zeitschrift. Verlag von Rich. Bong, Berlin. XXVII. Jahrgang, Heft 11 Preis des Heftes 60 Pf.

## Briefkasten.

Nach Kempen: Herr D. hält im „Typ.“ in eigener Sache eine recht mühevoll verteidigung. Die Berufung auf die Redaktion des „N. Z.“ vermag auch nicht zu zehren; der von dem händlerischen Terroristen geplagte Redakteur muß sich ja selbst desavouieren. Wir haben noch so gutes Material über christlich-händlerischen Terrorismus in unsern Depots, daß der „Korr.“ sich nicht auf die laienhaftigen Ausflüchte des wahrheitsliebenden „Typ.“ zu stützen braucht. Für uns gibt es Besseres zu tun; also lassen Sie sich Zeit mit einer Erwiderung auf diese Ungeheuerlichkeiten. — W. F. in Dr.: Entgegnung findet in einer der nächsten Nummern Aufnahme. — A. K. in N.: Wie vorstehend. — F. S. in B.: Der „Arbeitgeber im Druckgewerbe“ gerät mit keinem Tammerruf über die Massenhafte Ausschreibung des Gehilfenbeitrags für die tariflichen Institutionen im

**Kreile VIII pro 1913** in einen pathologisch ernst zu nehmenden Zustand. Was wird das Ende dieser schrecklichen Halluzinationen sein? — J. M. in C.: 1. Auf zwei oder drei Mann ein „Korr.“ ist zu wenig, und bei dem dort erfreulicherweise so großen Interesse für das Verbandsorgan ist recht. Da muß etwas geändert; versuchen Sie es auf bezeichnete Weise. Der „Korr.“ gehört so schnell wie möglich in die Hand eines jeden Mitgliedes, der Finanzstandpunkt darf da nicht maßgebend sein. 2. Es ist zwar der nächste Weg von hier, aber unmöglich ist ja nichts. — D. S. in B.: Der M. Gladbacher Demagoge hat da einen feiner Unglücksstase gehabt. Am 30. Januar schreibt er, wenn das Urteil (über eine für den Gutenbergsbund scheinlich blamabel verlaufene Terrorismusverhandlung) vorliege, werde dazu das Nöfste gefagt werden. Mit andern Worten: er hielt eine einstimmige Abweisung durch das Schiedsgericht für unmöglich. Nach der Schreiberei vom 13. Februar ist ihm inzwischen das Urteil bekannt geworden. Nun hat er auf einmal den Ausgang vorausgesehen! Da bekanntlich ein klagender Bändler immer recht bekommen muß, ansonst die Tarifgemeinschaft in Scherben zu schlagen ist, wird nun Beschwerde beim Tarifamt gegen den einstimmigen Entscheid des betreffenden Schiedsgerichts eingelegt. Deshalb will Monsieur Glauensmacher zu dem erfindungsreichen Urteil auch noch nichts sagen, will erst die Entscheidung des Tarifamts abwarten; der „Korr.“ bekomme noch früh genug seine Antwort. Im unmissbaren Anschlusse werden dann aber wörtliche Zitate aus dem Schiedsgerichtsurteil gebracht und diese polemisch gegen den Verband und den „Korr.“ verwendet. Das ist die Logik des großen Geldes am „Exp.“! Jeder Schulbube übertrifft ihn an Klarheit der Gedanken, und selbst die ehrfamen Inhaber der Firma Schwindelmeyer & Co. sind Musterbilder von Wahrhaftigkeit gegen dieses M. Gladbacher Erziehungsprodukt. — W. R. in Br.: Findet selbstverständlich Berücksichtigung. — L. M. in Vng: Befagter Friedrich Reppin, geboren in Weihenfels, freibt als Nichtmitglied ein richtiges Vagabundenleben. Selbst wann ihm die Möglichkeit gegeben war, wieder auf festem Boden zu kommen, trieb ihn sein böser Geist wieder auf Abwege. Solche Mandöver gehören daher zu dem Meier des Reppin. Selbst Jahren entzieht er sich auch der Unterstühtungspflicht seiner bedürftigen Familie. — S. F. in M.: In der Tat die beste Lösung. — A. U. in B.: 1. Danken für Hinweis auf „Berliner Tageblatt“. Man vermutet an solchen Stellen nicht so leicht die Lösung der sozialen Frage im Buchdruckgewerbe. Werden gelegentlich darauf zu sprechen kommen. Stoffandrang in unsern Tagen mit sorgfältig neuen Problemen, ständigen Umwälzungen und einem von allen Seiten sich zeigenden, oft nur zu verächtlichen Reformeifer sehr groß. 2. Darüber ist ein von München eingesandter Artikel schon geseht. Das Nachwort von O. W. wollen wir im Anschlusse daran beleuchten; wenn Sie zu dem Sie besonders interessierenden Schema etwas bemerken wollen, dann erbitten Einsendung bis morgen.

**Möslin.** Vorsitzender: Walter Säuberlich, Runder Tisch 15; Kassierer: Albert Gallas, Marienstraße 6, Gartenhaus.

**Meiningen.** Vorsitzender: Martin Gebhardt, Kreuzstraße 1.

**Zur Aufnahme gemeldet**

(Einnwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):  
Im Gau Mecklenburg-Lübeck der Seher Bruno Lang, geb. in Neubühren (Pöbhorn), ausgl. in Weßwaffer (D.-L.) 1913; war schon Mitglied. — R. Dorn in Schwerin i. M., Eisenbahnstraße 12 II.

Im Gau Nordwest der Seher I. Otto Brandt, geb. in Mülhenshagen i. M. 1894, ausgl. in Kröpelin i. M.; 2. Ulrich Schmels Bus, geb. in Dornum (Westfriesland) 1895, ausgl. dal. 1913; 3. Albert Nowotny, geb. in Volkshain i. Schles. 1895, ausgl. in Landeshut 1913; waren noch nicht Mitglieder. — J. Oßika in Bremen, Hardenbergstraße 52.

Im Gau Mittelrhein i. der Seher Michael Paff, geb. in Niederlabbach i. L. 1889, ausgl. in Scherstein a. Rh. 1907; war schon Mitglied; 2. der Drucker Max Eichholz, geb. in Solingen 1887, ausgl. dal. 1906. — Heinrich Fuhs in Mannheim, Pözzstraße 8.

Im Gau Westpreußen i. der Seher Rudolf Klingsberg, geb. in Haldendorf 1895, ausgl. in Neuteich 1913; war noch nicht Mitglied; 2. der Schweizerdegen Joseph Meger, geb. in Kulm (Westpr.) 1894, ausgl. dal. 1912; war schon Mitglied. — S. M. David in Danzig, Große Schwabengasse 27 part.

Im Gau Württemberg i. der Schweizerdegen Hermann Fröhlich, geb. in Stuttgart 1886, ausgl. in Wehr 1904; 2. der Drucker Karl Schullheib, geb. in Heilbronn 1890, ausgl. dal. 1908; waren schon Mitglieder; 3. der Seher Erich Striele, geb. in Berlin 1895, ausgl. dal. 1913; war noch nicht Mitglied. — Karl Knie in Stuttgart, Heusteißstraße 54.

**Arbeitslosenunterstützung.**

**Bayern.** Dem vermuthlich auf der Reise befindlichen Seher Frh Jacoben (Hauptbuchnummer 56523) ist Buch und Reiselegitimation abzunehmen und an die Gewerkschaft, München, Holzstraße 24 I, einzuliefern. Eventuell wird um Angabe des Aufenthaltsortes gebeten.

**Freiburg i. B.** Das Buch des Sehers Otto Enzig aus Heilbronn (Hauptbuchnummer 55389, Württemberg 2011) liegt schon seit Dezember auf der hiesigen Zählstelle, ohne daß E. hier zureifte. Die Herren Funktionäre werden gebeten, E. auf diese Seiten aufmerksam zu machen.

**Verjammlungskalender.**

Mitt.-Weser. Bezirksversammlung Sonntag, den 22. März, in Verden. Anträge bis 9. März an den Vorsitzenden.  
Hochst. i. Meckl. Versammlung Sonnabend, den 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in der „Philharmonie“.

**Schweizerischer Typographenbund.**

Weor die Kollegen in der bekannten Buchdruckerei Davos A.-G. oder in der Buchdruckerei Meltingen Kondition annehmen, wollen sie sich in ihrem eignen Interesse beim Sekretariat des Schweizerischen Typographenbundes, Bern, Maulbeerstraße 11, erkundigen.

**Tarifausschub der Deutschen Buchdrucker.**

**Tarifkreis V (Bayern, ohne Pfalz).**  
Zur Deckung der gehilfenseitig für die tariflichen Institutionen des Kreises V für das Geschäftsjahr 1913 entstandenen Kosten werden die tariffreien Gehilfen des Kreises hiermit aufgefordert, einen Beitrag von je 30 Pf. bis spätestens 31. März an den Unterzeichneten abzuliefern. Die Organisationen können für ihre Mitglieder den Beitrag insgesamt unter Nennung der Zahl ihrer Mitglieder und in welchen Orten diese konditionieren, begleichen; alle übrigen tariffreien Gehilfen haben ihren Beitrag druckerei-

welse gemeldet und unter namentlicher Aufführung der Beitragsabgaben an den Unterzeichneten abzuliefern. Gehten, die diesen Beitrag nicht bezahlen, können von der Benutzung der tariflichen Institutionen ausgeschlossen werden.  
München (Hofstraße 24 I), den 12. Februar 1914.  
Joh. Selb, Gehilfenvertreter des Kreises V.

**Tarifkreis XI (Pommern und Brandenburg).**

Zur Unterhaltung der tariflichen Institutionen haben die tariffreien Gehilfen für das Jahr 1913 je 25 Pf. zu zahlen. Die Organisationen können für ihre Mitglieder den Beitrag insgesamt abführen unter Nennung der Zahl der Mitglieder und der Orte, an denen sie in Arbeit stehen. Die keiner Organisation angehörenden Gehilfen, die tariffrei sein wollen, haben vorstehenden Betrag unter Nennung ihres Namens und ihrer Arbeitsstelle einschließlich Bestellgeld einzuliefern. Der Betrag muß bis zum 1. April in meinen Händen sein.

Stettin, den 12. Februar 1914.  
Otto Bönich, Kreisvertreter des Kreises XI,  
Stettin-Grabow, Kronenstraße 10, v. I.

**Zentralinvalidenkasse in Ligu.**

Quittung über die im 3. Quartale 1913 verausgabten Unterstühtungen.

| Gau                            | Einnahme                                                       |            | Ausgabe                     |                     |                     |                                                        |
|--------------------------------|----------------------------------------------------------------|------------|-----------------------------|---------------------|---------------------|--------------------------------------------------------|
|                                | Ware-rep. zur-<br>lohn von der<br>3. Quartal<br>für 3. Quartal | 3. Quartal | Invaliden-<br>unterstühtung | Begrüßungs-<br>geld | Verwaltung<br>u. w. | Vom Vor-<br>jahre über-<br>geblieben für<br>4. Quartal |
| Berlin . . . . .               | 512                                                            | 80         | 368                         | —                   | 7 80                | 137                                                    |
| Dresden . . . . .              | 562                                                            | 45         | 316                         | —                   | 3 90                | 242                                                    |
| Frankfurt-Hessen . . . . .     | 337                                                            | 85         | 276                         | —                   | 3 90                | 57                                                     |
| Hamburg-Altona . . . . .       | 461                                                            | 40         | 460                         | —                   | 1 40                | —                                                      |
| Hannover . . . . .             | 373                                                            | 20         | 368                         | —                   | 5 20                | —                                                      |
| Leipzig . . . . .              | 1254                                                           | 10         | 1194                        | —                   | 5 20                | 54                                                     |
| Mecklenburg-Lübeck . . . . .   | 171                                                            | 80         | 92                          | —                   | 30                  | 79                                                     |
| Mittelrhein . . . . .          | 290                                                            | 65         | 182                         | —                   | 2 60                | 106                                                    |
| Oberhein . . . . .             | 375                                                            | 80         | 184                         | —                   | 2 60                | 189                                                    |
| Oder . . . . .                 | 538                                                            | 55         | 368                         | —                   | 8                   | 162                                                    |
| Osterrhein-Thüringen . . . . . | 92                                                             | 30         | 91                          | —                   | 1 30                | —                                                      |
| Posen . . . . .                | 157                                                            | 20         | 91                          | —                   | 1 40                | 64                                                     |
| Rheinland-Westfalen . . . . .  | 435                                                            | 30         | 367                         | —                   | 5 20                | 63                                                     |
| Ein der Saale . . . . .        | 198                                                            | 60         | 184                         | —                   | 1 20                | 13                                                     |
| Schlesien . . . . .            | 317                                                            | 05         | 273                         | —                   | 3 90                | 40                                                     |
| Württemberg . . . . .          | 252                                                            | 65         | 91                          | —                   | 1 30                | 160                                                    |

**Bilanz am 31. Dezember 1913.**

**Einnahmen:**  
An Saldovortrag vom 30. September 1913 Mk. 346 759,38  
„ Zinsen ufw. . . . . 5915,—  
Summa: Mk. 352 674,38

**Ausgaben:**  
Der Unterstühtung, Verwaltung ufw. . . . . Mk. 4 969,20  
„ Saldovortrag für 1. Januar 1914 . . . . . 347 705,18  
Summa: Mk. 352 674,38

Invalidenstand: 54.

Berlin, den 29. Januar 1914.  
Karl Eiser, Hauptkassierer.

Vorstehender Kassenabschluss ist revidiert, in gehöriger Ordnung befunden und der buchmäßige Tageshakenbestand von 3585,74 Mk. in Belegen und Kasse festgestellt worden.  
Berlin, den 8. Februar 1914.

Die Revisionskommission:  
E. Gordian, Eugen Wegus, Ernst Gerlach.

**Verbandsnachrichten**

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chausseepfad 5 II.  
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

**Gau Bayern.** Vom Gehilfenvertreter des Kreises V (Bayern, ohne Pfalz) ist ein Beitrag von je 30 Pf. für die Deckung der gehilfenseitig entstandenen Kosten der tariflichen Institutionen ausgeschreiben worden. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Beitrag für die Mitglieder des Verbandes von der Gaukasse getragen wird und insfolgedessen eine Ertragsabgabe dieses Beitrags für unsre Mitglieder nicht in Frage kommt.

**Adressenveränderungen.**

**Bremen.** (Maschinenmesserverein.) Kassierer: Fr. Scharringhausen, Wittenberger Straße 24.  
**Wag.** Vorsitzender: Max Weber, Böhmische Str. 28.

**Ein tüchtiger Monotypsetzer**

(Tollapparat Modell D) für dauernde Stellung gesucht. Angebote unter Angabe der Ausbildungszeit und der Gehaltsansprüche an die  
Pierersche Hofbuchdruckerei, Altenburg (S.-M.).

**Kl. Buchdruckerei** sichere Entlohnung, umständlich zu jedem annehm. Preise zu verkauf. Off. unter „F. B. 87“ Postamt Neukölln.

**Matrizenbohrer**  
von großer süddeutscher Schriftsetzerei [256]  
sofort gesucht  
Bewerbungen mit Lohnansprüchen, Altersangabe und Zeugnisabschriften unter H. 1381 an Saalenstein & Vogler A.-G., Frankfurt a. M.

**Verbandshymne**  
Nichtung von Willi Krahl / Komp. von Alfred Schweigert / Mit kleiner Drehestern- oder Plansortebegl. / Verlag: Radell & Hille, Leipzig

**Festhymne**  
Zeitenmaß mit sämtlichen Einteilungen 20 Pf.  
C. Grub, Frankfurt am Main 3.

**Teilzahlung**  
Uhren und Goldwaren,  
Photo, optische Artikel,  
Sprechmaschinen, Musikinstrumente, Spielwaren  
Zithern usw.  
Kataloge gratis und franco liefern  
Jonass & Co. BERLIN A. 407  
Belle-Alliancestr. 3

**Papiermützen**  
zu Kappeisen in einfachster bis feinsten Ausführung.  
Preisliste gratis und franco. [217]  
Rauh & Pöhlke, Leipzig, Gutenbergstraße 2.

**Buchdruckmaschinenmeisterverein zu Dresden**  
Sonnabend, den 21. Februar, in den „Blumenfäden“, Blumenstraße:  
**46. Stiftungsfest**  
bestehend in humoristischen Vorträgen der Bayerischen Viktoria-Sänger und darauffolgendem großen Ball.  
Anfang 7 Uhr  
Ende 2 Uhr  
Im zahlreichen Erscheinen ersucht  
Der Gesamtvorstand.  
Eintrittskarten a 30 Pf. sind für Angehörige der Mitglieder bei den Kollegen Bruno Meuhner, Kurfürstenstraße 5 IV, und S. Horn, Rosenstraße 60 II, zu entnehmen.

**Reklamemarken**  
(Stegelmärken), 100 Stück verschiedene, verends für 1,50 Mk. franco St. Slegl, München, Holzstr. 7.

**P. Sailer**  
Stuttgarter  
graphisches Versandhaus  
Rohrbühl-  
straße 64  
Th. Ceibus Nachf.  
Pretiliste gratis u. franco.